

# BAUWIRTSCHAFT UND BAURECHT

## AUSSTELLUNGEN, MESSEN

HERAUSGEBER: REG.-BAUMEISTER FRITZ EISELEN

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

60. JAHRGANG

BERLIN, DEN 24. NOVEMBER 1926

Nr. 23

### Der preußische Minister für Volkswohlfahrt zur Wohnungsnot.



orbemerkung der Schriftleitung: In Form eines Aufrufes wendet sich der preuß. Minister für Volkswohlfahrt an die Allgemeinheit, um seinen Vorschlägen zur Behebung der Wohnungsnot einen weiten Widerhall zu schaffen. Die zweifellos bemerkenswerten Ausführungen dürften jedoch in verschiedenen Punkten Anlaß zur Kritik geben. Daß auf diesem Gebiete schon viel vorgeschlagen und auch getan wird, ist bekannt. Nur das große Wohnungsbauprogramm, wie es das Baufach wünscht, mit staatlicher Finanzierung fehlt noch. Sollte der Aufruf nur einen Vorfühler darstellen, in welchem Umfange die beteiligten Kreise der Erfüllung des Programms geneigt sind? 3¼ Pf. die Stunde mehr für den Arbeiter ergeben im Jahr die notwendige Goldmilliarde nach den Berechnungen des Wohlfahrtsministers. Die Industrie hat also das Wort. Wir behalten uns vor, noch einmal auf den Wortlaut des ministeriellen Aufrufs zurückzukommen. —

Die deutsche, also auch die preußische Volkswirtschaft leidet und wird weiter leiden unter der Wohnungsnot und unter Arbeitslosigkeit sowie unter den Folgen dieser Notstände, so namentlich auch unter gesundheitlichen Schäden. Eine Gesundung unseres Volkskörpers in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung ist deshalb nur möglich, wenn Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit behoben werden.

1. Eine Bekämpfung der Wohnungsnot kann nur durch den Neubau von Wohnungen, also durch eine umfangreiche Bautätigkeit, erfolgen. Die Bautätigkeit und die Ausstattung der neuen Wohnungen schafft Arbeit nicht allein für das eigentliche Baugewerbe, sondern als Schlüsselgewerbe für fast alle Gewerbe- und Industriezweige. Die Bekämpfung der Wohnungsnot bedeutet deshalb im weitgehendsten Maße auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mit anderen Worten: Wir können und müssen die Arbeitslosigkeit dadurch erheblich vermindern, daß wir die Wohnungsnot beseitigen.

2. Ohne öffentliche Beihilfen ist der Bau von Wohnungen für die minderbemittelten Bevölkerungsklassen bis auf weiteres nicht möglich. Es müssen deshalb noch für eine Reihe von Jahren erhebliche Mittel für die Bautätigkeit zur Verfügung gestellt werden.

3. In Preußen werden jährlich etwa 120 000 Haushaltungen neu gegründet. Hierfür sind jährlich 120 000 neue Wohnungen nötig. Weitere 50 000 Wohnungen sind jährlich nötig, um allmählich den Fehlbetrag an Wohnungen zu decken, der durch unzureichende Bautätigkeit in den letzten Jahren entstanden ist. Weitere 30 000 Wohnungen müssen jährlich als Ersatz für verfallene und schlechte Wohnungen

gebaut werden, damit das Wohnungswesen in Preußen allmählich voll gesundet. Alles in allem brauchen wir also eine Bautätigkeit, die für die nächsten Jahre 200 000 neue Wohnungen jährlich erstellt.

4. Erfahrungsgemäß muß die öffentliche Beihilfe im Durchschnitt für eine Wohnung 5000 M. betragen, wenn der Mietpreis für die neue Wohnung in erträglichem Verhältnis zu den Altmieten bzw. zu den Einkommensverhältnissen der breiten Bevölkerungsmasse stehen soll. Es werden also an öffentlichen Beihilfen jährlich benötigt:  $200\,000 \times 5000\text{ M.} = 1\,000\,000\,000\text{ M.}$  Als Quelle für diese öffentlichen Beihilfen kommt bis auf weiteres die Hauszinssteuer, die nötigenfalls auszubauen sein würde, in Frage.

5. Um ein Erträgnis in Höhe von 1 000 000 000 M. aus der Hauszinssteuer für Neubauzwecke zu erhalten, ist die Erhebung von etwa 50 Prozent der Friedensmiete bei Berücksichtigung der Ausfälle und der gesetzlichen Befreiungen nötig. Nötig wäre also eine weitere Steigerung der Mieten um 30 Prozent der Friedensmieten. Diese Steigerung erscheint auf den ersten Blick unerträglich, zum mindesten unerwünscht. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, daß dieses Mehr an Miete von unserer Volkswirtschaft getragen werden muß, wenn wir in absehbarer Zeit aus der Wohnungsnot, aus der schlimmsten Arbeitslosigkeit, aus der Wohnungszwangswirtschaft und letzten Endes auch aus der Hauszinssteuer selbst herauskommen wollen. Das Mehr an Miete ist auch, auf die Arbeitsstunde berechnet, nicht so sehr erheblich, wie es auf den ersten Augenblick scheint. Wenn der Durchschnittssatz der Friedensmiete für eine Arbeiterwohnung auf monatlich 25 M. angenommen wird, ergibt ein Mehr in Höhe von 30 Prozent von 25 M. monatlich 7.50 M. oder bei achtstündiger Arbeitszeit und 25 Arbeitstagen im Monat auf die Arbeitsstunde umgerechnet einen Mehrbetrag von 3¼ Pfennig. Im übrigen wird die wirtschaftliche Belastung zum Teil sicher, wahrscheinlich zur vollen Summe durch Ersparnisse an der Zahlung der Arbeitslosenunterstützung ausgeglichen werden können. Auch könnte — um eine Überlastung der lebenden Generation zu vermeiden und auch schon jetzt eine Besserstellung des Althausbesitzes zu ermöglichen — ein Teil der nötigen Mittel anstatt durch Hauszinssteuer durch Anleihen aufgebracht werden. Letzten Endes ist auch ein Umbau der Hauszinssteuer möglich und zweckmäßig. Dieser Umbau kann dadurch erfolgen, daß neben einer ablösbaren Inflationsrente eine Bausteuer eingeführt wird.

6. Zur Finanzierung von 200 000 neuen Wohnungen im Jahr gehören außer den in Ziffer 4 erwähnten öffentlichen Beihilfen in Form von zweistelligen Hypotheken auch noch erststellige Hypotheken. Hierfür würden nach den bisherigen Erfahrungen nötig werden jährlich etwa 1 bis 1½ Milliarden Mark. Bei der heutigen Lage des Geldmarktes wird dieser Betrag unschwer auf dem allgemeinen



Geldmarkt aufgebracht werden können, da allein schon die Sparkasseneinlagen in Preußen sich zur Zeit monatlich um 70 Millionen Mark vermehren, und zwar mit steigender Tendenz.

7. Mit den in Preußen vorhandenen Bauarbeitern und Bauhilfsarbeitern können bei Einführung rationeller Arbeitsmethoden und unter der Voraussetzung, daß die Bauarbeiter ständig das ganze Jahr beschäftigt werden, 200 000 Wohnungen jährlich ohne weiteres erbaut werden. Sollten aber wirklich in manchen Gegenden nicht genügend Bauarbeiter vorhanden sein zur Erfüllung des erweiterten Bauprogramms, so würden angesichts der Arbeitslosigkeit die fehlenden Arbeitskräfte aus anderen Berufen entnommen und herangebildet werden können.

8. Die Herstellung der nötigen Baumaterialien würde gar keine Schwierigkeiten machen, da die Leistungsfähigkeit der Industriewerke, die Baustoffe erzeugen, z. B. die Ziegeleien, nur zu einem verhältnismäßig geringen Teile ausgenutzt worden ist.

9. Die Folgen der vermehrten Bautätigkeit werden sein: sofortige Besserung des Arbeitsmarktes, restlose Beschäftigung aller Bauarbeiter, Besserung der Arbeitslage in fast allen Gewerbe- und Industriezweigen, also starker Rückgang der Erwerbslosigkeit, relativ schnelle Besserung des Wohnungsmarktes, demnächst völlige Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungselends, tatkräftige Wohnungspflege, Ersatz menschenunwürdiger Woh-

nungen durch gute Wohnungen, damit Beseitigung der sittlichen und gesundheitlichen Gefahren, die sich aus schlechten Wohnungsverhältnissen ergeben, demnächst Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und baldige Beseitigung der Wohnungsämter in ihrer jetzigen Form, Abbau der Hauszinssteuer, in Verbindung damit erhöhte Rentabilität der Altwohnungen und bessere Instandhaltung der Altwohnungen, allmähliche Entfaltung der privaten Bautätigkeit und Gesundung der vom Zwange freien Volkswirtschaft: alle diese Vorteile ohne Inanspruchnahme ausländischer Erzeugnisse, da die gesamten Rohstoffe für den Neubau von Wohnungen im Lande vorhanden sind.

10. Die Vorteile einer erhöhten Bautätigkeit sind also so groß, daß sie von keinem, dem das Volkswohl am Herzen liegt, geleugnet werden können. Im übrigen hat kein Mensch von dem erhöhten Bauprogramm einen Nachteil; denn das Mehr an Miete kommt doch. Das zeigen die Erfahrungen in allen anderen Kulturländern. Jetzt kann das Mehr noch für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden, später nicht mehr. Deshalb wende ich mich an jeden Deutschen und jeden Preußen, insbesondere an die Parlamentarier des Reiches und Preußens, namentlich auch an jeden Volkswirt mit der Bitte, an der Erfüllung dieses Programms mitzuwirken.

Berlin, den 1. Oktober 1926.

Hirtsiefer,

Preußischer Minister für Volkswohlfahrt.

## Tagungs-Dämmerung.

Von Stadtbaurat H. Ritter, Leipzig.



Es war eine folgerichtige Erscheinung, daß die Zahl der Tagungen — auf deutsch „Kongresse“ — unmittelbar nach dem Kriege anwuchs, daß sie diejenige der Friedensjahre übertraf. Es war notwendig und wirtschaftlich vertretbar, daß nach den Zeiten der Trennung und Umstellung die technischen, wissenschaftlichen und sonstigen Organisationen ihre Erfahrungen und Pläne verstärkt austauschten.

Das Anwachsen der Tagungen hat jedoch die Nachkriegszeit überdauert und in den letzten Jahren einen Umfang angenommen, der die Frage berechtigt erscheinen läßt, ob der Aufwand, den die Veranstalter solcher Tagungen zu machen haben, in einem wirtschaftlich vertretbaren Verhältnis zu dem Nutzen steht, den die Veranstalter wie die Zuhörer bei den gegenwärtigen Verhältnissen aus den Tagungen ziehen.

Ein äußerlicher Grund für das Anwachsen der Tagungen liegt zunächst in der maßlosen Vermehrung der Organisationen in Deutschland. Fast jeder Deutsche ist nach verschiedenen Richtungen organisiert oder vereinigt: politisch, wirtschaftlich, körperlich, geistig, nach Beruf, Stand, Neigung, nach Anzahl der Kinder usw. Wir erstickten in einer glänzenden Überorganisation. Ein weiterer äußerer Grund für dieses Anwachsen liegt in dem Bestreben der deutschen Städte, durch Veranstaltung von Messen, Ausstellungen, Tagungen usw. den Fremdenverkehr zu heben. Als innerer Grund für dieses Anwachsen kann man die Notwendigkeit anführen, dem Drange unserer Zeit nach Spezialisierung durch verstärkte Zusammenfassung und Sichtung der Meinungen entgegenzutreten, ihn auszuwerten.

Der Nutzen einer gut vorbereiteten und straff durchgeführten Tagung ist nicht zu unterschätzen, er liegt in mittelbaren und unmittelbaren Erscheinungen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß neben der Vermittlung von Einzelkenntnissen durch die Vorträge, Diskussionen und Ausstellungen bei den Tagungen eine willkommene Übersicht über das jeweilige Gesamthema geboten wird. Es ist sicher, daß auf den Tagungen die Führer der politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen unseres Staates Gelegenheit haben, sich über das jeweilige Thema rein sachlich zu unterrichten. Ein großer Nutzen solcher Tagungen darf endlich darin erblickt werden, daß die Teilnehmer dabei alte Beziehungen zu den Kollegen erweitern, neue anknüpfen und durch persönlichen Gedankenaustausch reiche Erfahrungen machen. Jeder Fachmann kann dabei sehen, wie weit die eigenen Ansichten und Maßnahmen richtig sind,

wie weit die Kollegen bessere Wege eingeschlagen haben. Die persönliche Aussprache läßt durch Erkenntnis der besonderen Verhältnisse die allgemeinen Mitteilungen der Referate vervollständigen.

Wenn gleichwohl heute eine gewisse Tagungsmüdigkeit und eine geringe Wertschätzung unserer Tagungen beobachtet werden kann, so liegt dies an Erscheinungen, die ursprünglich nicht vorhanden waren und die es zu beseitigen gilt: Die einen klagen über zu große Häufigkeit der Tagungen, die anderen darüber, daß das geistige und kulturelle Niveau der Tagungen gesunken sei.

Man wird sich bei Verbesserungsvorschlägen nicht der Illusion hingeben, daß ein Abbau der Organisationen oder Vereine in Deutschland praktisch durchführbar sei oder daß sich die Städte in ihrem Bestreben, den Fremdenverkehr zu heben, Selbstbeschränkung auferlegen werden. Man wird deshalb etwa zu folgendem Vorschlag kommen: Das Thema, das in einer Haupttagung behandelt werden soll, ist in seinen Unterfragen in Bezirkstagungen zu klären. Jeder Bezirk übernimmt je eine Einzelfrage. Dabei wird verhältnismäßig wenig Zeit und Fahrtaufwand erforderlich und viele Ehrgeizige werden schon dort zu Worte kommen. Die Haupttagungen können alle zwei bis drei Jahre stattfinden und sollen sich nur mit den großen Gesichtspunkten des Themas befassen. Es wird möglich sein, innerhalb dieses Zeitraumes das Thema gründlich vorzubereiten und zu fördern, so daß den Haupttagungen tatsächliche Fortschritte unterbreitet werden können. Es wird möglich sein, auf diese Weise die Haupttagungen zu einer starken Willenskundgebung nach außen hin zu gestalten.

Wichtig für die Vorbereitung der Haupttagung scheint, daß das Thema klar gestellt und in seinen Abschnitten den Referenten genau umschrieben wird, daß die Referate frühzeitig ausgetauscht und die technischen Vorbedingungen für den glatten Verlauf der Tagungen in allen Einzelheiten durchdacht werden.

Mit einiger Mühe und viel gutem Willen wird es sich erreichen lassen, daß sich eine Anzahl gleichgerichteter Organisationen auf eine solche Haupttagung einigen.

Als Ort der Tagung hat man in letzter Zeit Städte an den bedrohten deutschen Grenzen gewählt. Dieser vaterländische Wille war zweifellos berechtigt und zu loben. Nachdem nun durch eine Anzahl solcher Tagungen das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Deutschen wieder unterstrichen, nachdem den Deutschen des Inlandes die Schönheiten und die deutschtreue Gesinnung der Grenzländer wieder bekannt wurde, scheint es richtig, als Ort für Tagungen zentral gelegene Städte zu wählen.



Die Einladungen und Zulassung zur Haupttagung sind zunächst zu beschränken. Die Referate sollen in ihrer Dauer eine Stunde nicht überschreiten und auch der Zahl nach beschränkt werden.

Die Diskussion darf das Thema nicht verflachen, sondern soll eine weitere Entwicklung ermöglichen. Wenn die Selbstdisziplin der Teilnehmer hierzu nicht ausreicht, wenn vor allem die Debatte in politische oder persönliche Zänkereien auszuarten droht, muß die Geschäftsleitung, auf die Gefahr, sich unbeliebt zu machen, scharf zugreifen. Jede Tagung wird dem Vorsitzenden Dank wissen, wenn

er durch straffe Geschäftsführung das Ziel mit Energie zu erreichen versucht.

Die gegenwärtigen Verhältnisse bergen die Gefahr in sich, daß unsere Haupttagungen nicht mehr oder nicht in genügender Weise beschickt werden. Keine großen Reorganisationen, sondern der feste Wille, die in letzter Zeit an dem gesunden Kern entstandenen Wucherungen zurückzuschneiden, wird dazu beitragen, daß der Aufwand für unsere Tagungen wieder in ein wirtschaftliches Verhältnis zu dem Nutzen tritt und daß damit die unbestrittenen Vorteile der Tagungen uns erhalten bleiben. —

## Wohnungsbau in England.

Von Geh. Regierungsrat W e r n e k k e , Berlin-Zehlendorf.



England hat bekanntlich auch seine Wohnungsnot, und man hat, zum Teil mit Unterstützung der Regierung, sehr erhebliche Anstrengungen gemacht, sie zu bekämpfen. Obgleich eine äußerst lebhaft Bautätigkeit entwickelt worden ist, ist es aber bis heute noch nicht gelungen, die Wohnungsnot zu beseitigen, wenn auch eine Besserung nicht zu verkennen ist. Im Jahre 1925 sind in England und Wales schätzungsweise 150 000 Wohnhäuser gebaut worden, und dazu kommen noch 40 000 in Schottland. Die Regierung geht davon aus, daß jährlich 100 000 Wohnhäuser gebaut werden müssen, damit dem regelmäßigen Zuwachs der Bevölkerung in England und Wales Rechnung getragen wird; der Überschuß über diese Zahl kommt also denen zugute, die bis jetzt keine oder ungenügende Wohnungen hatten. Im Bereich von Groß-London sind im Jahre 1925 zum erstenmal seit dem Kriege mehr Wohnungen geschaffen worden, als gebraucht würden, wenn keine Wohnungsnot bestände. Die Zahl der Neubauten betrug 23 547; 694 Häuser wurden abgebrochen, und so blieben denn mit 22 853 Häusern fast 6000 mehr als zur Aufnahme des regelmäßigen Bevölkerungszuwachses gebraucht wurden.

Die Kosten für die altbewährten Baustoffe, Bauarten und Bauverfahren sind nach dem Kriege wie alle anderen Preise sehr erheblich gestiegen. Man hat daher neue Bauweisen entwickelt und dabei neben technischen Gesichtspunkten namentlich auch die wirtschaftliche Frage berücksichtigt, also angestrebt, durch Neuerungen die Kosten für den Bau von Wohnhäusern so zu gestalten, daß die Bereitstellung von Wohnungen durch Unternehmer wieder ein wirtschaftlich einträgliches Beginnen ist. Die Baustoffe, die man dabei besonders verwendet hat, Beton, Eisen und Holz, sind weder an sich neu, noch war ihre Verwendung im Wohnungsbau an sich eine Neuerung. Man hat sie aber in Formen angewendet, die gegenüber den althergebrachten Bauweisen, namentlich gegenüber dem allgemein verbreiteten Ziegelbau, Vorteile bieten, die namentlich auch billigeres Bauen ermöglichen. Dabei ist man freilich auf Widerstand bei den Gewerkschaften gestoßen, in denen die Angehörigen des alten Baugewerbes zusammengeschlossen sind, verhindern haben diese aber die Anwendung der neuen Bauweisen auch nicht können. Die Bestrebungen, billige Häuser zu bauen, die aber in bezug auf Wohnlichkeit und Unterhaltung nicht hinter den in Ziegelbau errichteten Häusern zurückstehen, sind noch im Gange, und in vielen Teilen von England werden Versuchsbauten errichtet, namentlich auch mit dem Ziel, Unterlagen für Preisvergleichen, nicht nur was den Bau, sondern auch was die Unterhaltung anbelangt, zu sammeln. Auch auf die Lebensdauer sucht man aus diesen Erfahrungen Schlüsse zu ziehen, doch dürfte das zunächst seine Schwierigkeiten haben, da ein Haus, auch wenn es unter Abweichung von bewährten Regeln der Bautechnik errichtet ist, erheblich länger halten muß als die Zeit, die seit Ausbruch des Krieges und damit der Wohnungsnot vergangen ist.

Unter den Behörden, die den Wohnungsbau, namentlich auch durch Erprobung neuer Bauweisen zu fördern bestrebt gewesen sind, ist der Londoner Grafschaftsrat, die für Groß-London zuständige Stelle der Selbstverwaltung, mit an erster Stelle zu nennen. Es sind aus verschiedenen Quellen herrührende Entwürfe, darunter auch solche seiner eigenen Baubeamten ausgeführt worden. Dabei sind namentlich solche Bauweisen angewendet worden, von denen man erwarten konnte, daß die nach ihnen gebauten Häuser bei angemessener Miete einen angemessenen Ertrag bringen würden und daß die Lebensdauer eine befriedigende sein würde. Die Versuchsbauten lassen ein vorläufiges Urteil zu, welche Bauweisen zu allgemeinerer Einführung zu empfehlen sind, wenn auch bei der Kürze der Zeit, die

die Häuser stehen, ein abschließendes Urteil nach dieser Richtung noch nicht möglich ist. Leider ist allerdings der Grafschaftsrat noch nicht in der Lage, Angaben über die Bau- und Unterhaltungskosten dieser Häuser zu machen, und über ihre Lebensdauer kann erst recht noch nichts endgültiges gesagt werden. Die Zahl der Fälle, in denen die eine oder die andere Bauweise angewendet worden ist, verleiht aber schon dieser oder jener einen Vorrang vor den anderen.

In Becontree, Billingham und Downham sind als Vorführungsgegenstände seit 1921 eine Anzahl Häuser aus Beton, Holz und Eisen gebaut worden. Die Zahl der Betonhäuser, die zum Teil fertiggestellt, zum Teil noch im Bau begriffen sind, beträgt allein 3004. Es sind dabei sehr verschiedene Bauweisen angewendet worden, und es wird sich zeigen, ob alle oder welche von ihnen Anspruch darauf erheben können, als Lösungen der gestellten Aufgaben bautechnischer und wirtschaftlicher Art anerkannt zu werden. Am meisten ist die Bauart Winget angewendet worden, ein Betonblockbau mit einem Hohlraum zwischen einer äußeren und einer inneren Schale für die Außenwände. Zahlreich vertreten ist auch die Bauweise Fidler, bei der die Wände aus zwei in Abstand versetzten Platten aus Schlackenbeton bestehen; der Hohlraum zwischen ihnen ist mit Zementbeton ausgefüllt, zu dem an Ort und Stelle gewonnene Zuschläge, Kies und Sand, verwendet werden. Im Gegensatz zur Winget-Bauweise mit ihrer Hohlwand haben wir also hier eine Massivwand, bei der die äußeren und inneren Verkleidungsplatten die Schalung für den Beton bilden. Bleibt hier die Schalung dauernd im Bauwerk, so sind andere Häuser in der im Betonbau üblichen Weise hergestellt worden, indem der Beton in abnehmbare Schalungen eingebracht worden ist, so daß monolithische Häuser entstanden. Auch eine Anzahl andere Sonderverfahren sind angewendet worden.

Holz ist zwar nicht in demselben Umfang wie Beton als Baustoff für die Wohnhäuser des Londoner Grafschaftsrats benutzt worden, die durch seine Anwendung gebotenen Möglichkeiten sind aber durchaus nicht außer Acht gelassen worden. Es lagen eine Anzahl Entwürfe für den Bau von Holzhäusern vor; aus ihnen sind diejenigen zur Ausführung ausgewählt worden, von denen man sich die wertvollsten Erfahrungen versprach. In Becontree ist eine Gruppe von vier zweigeschossigen Häusern nach dem Entwurf eines Baubeamten des Grafschaftsrats, an anderer Stelle sind 42 solche Häuser errichtet worden. Das Tragwerk dieser Häuser besteht aus Pfosten, die auf einem bis zur Höhe der Fenstersohlbänke im Erdgeschoß reichenden Sockel ruhen. Außen wird dieses Pfostenfachwerk zunächst mit einem undurchlässigen Filz benagelt, worauf eine Holzverkleidung aufgebracht wird, deren Bretter mit Teer behandelt worden sind. Das Dach ist mit ineinandergreifenden Ziegeln gedeckt.

Nach drei verschiedenen Bauweisen, Weir, Atholl und Telford, sind je zwei Stahlhäuser gebaut worden, die Vergleiche dieser drei Bauweisen untereinander und mit den Häusern aus anderen Baustoffen ermöglichen sollen. Auch Bauweisen mit gemischten Baustoffen sind angewendet worden, so z. B. eine Bauweise Dennis-Wild, bei der ein Eisengerüst in Beton eingehüllt ist und die Dachbinder aus Holz und Eisen bestehen. Die Erdgeschoßwände sind hohl; ihre Außenhaut besteht aus Ziegelmauerwerk, die innere aus Beton; beide sind über den Hohlraum durch Anker verbunden. Ein Fachwerk aus Eichenholz mit Ausfachung in Beton und mit einer senkrechten Trennschicht aus Asbestpappe in den Wänden, Bauweise Tibbenham, ist ebenfalls erprobt worden, und endlich sei noch eine Gruppe erwähnt, bei der die Wände aus einem unter Druck hergestellten Gemenge von Holzfasern und Beton bestehen.



In diesem Zusammenhang seien auch diejenigen Häuser erwähnt, die für die älteste Anwendung von Beton im Hochbau in England gelten. Sie finden sich in einer Gruppe von 14 zusammenhängenden Häusern in Folkestone, die im Jahre 1820 erbaut worden sind. Ihre Wände sind 36 cm stark; sie bestehen aus Zementbeton im Mischungsverhältnis 1 Teil Zement zu 1 Teil scharfem Sand und 9 Teilen Kies. In die Schalung wurde zunächst eine etwa 8 cm hohe Schicht Beton eingebracht; auf diese Schicht wurden Kalkbrocken

aufgelegt, deren Größe als gleich der eines Laibs Brot angegeben wird. Dann folgte wieder das Einbringen von Beton, der sorgfältig in die Zwischenräume der Kalkbrocken hineingearbeitet wurde, so daß alle Hohlräume ausgefüllt wurden und der die Kalksteinschicht etwa 5 cm hoch bedeckte. Hierauf wurden wieder Kalkbrocken eingelegt, und so folgten die abwechselnden Schichten bis zu einer Höhe von 18 m. Die Häuser sind heute noch in gutem Zustande. —

### Vermischtes.

Der Normenausschuß der Deutschen Industrie hielt am 6. d. Mts. seine diesjähr. Jahresversammlung ab, die sich im großen Saale des Ingenieurhauses einer außerordentlich guten Beteiligung erfreute. Außer den Vertretern der Technik hatten sich auch Ärzte und Frauen eingefunden, während das Ausland durch Österreich, Holland, Schweiz, Schweden, Polen, Rußland und die Tschechoslowakei vertreten war. Das Reichsarbeitsministerium hatte Min.-Rat Dr. Schmidt entsandt, der Grüße überbrachte und die warme Anteilnahme seiner Behörde versicherte.

Zu dem Thema, das „die Normung im täglichen Leben“ lautete, sprach zunächst Baurat Dr.-Ing. E. h. Neuhaus, Vorsitzender der NDI, indem er ausführte, daß die Normung vor allem bestimmt sei, die Güter zu verbessern und zu verbilligen. Unsere heutigen Verbrauchsgüter seien nicht das Ergebnis ersten Strebens, sondern der Ausfluß von Willkür und Gedankenlosigkeit bei Erzeugern sowie Verbrauchern. Es sei viel wichtiger, daß die breite Masse ein Dach über den Kopf habe unter dem sie sich wohl fühle, als daß man einen Kampf um die Ästhetik der Bauwerke austrage, der bestenfalls unsere Zeitschriften ausfülle, aber keine Häuser baue.

Zu dem Thema „Normung und Wohnungsnot“ sprach Prof. Gropius, Direktor des Bauhauses in Dessau. Er bewies, da etwa 90 v. H. der Bevölkerung gleichartige Bedürfnisse hätten, daß die menschliche Behausung eine Angelegenheit des Massenbedarfs sei und daher Wohnhäuser als Vorratserzeugnisse herzustellen seien, die vom Lager bezogen werden könnten. Unter Zugrundelegung der Bauformen und serienweisen Herstellung mit montagefähigen Einzelteilen ließen sich zweckmäßige Wohnhäuser in billiger Bauweise herstellen. Für Familienzuwachs sollten diese Kleinhäuser anbaufähig erstellt werden. An einer Reihe von Lichtbildern suchte der Vortragende nachzuweisen, daß Normung und Typisierung keine Kulturlosigkeit, sondern eine Voraussetzung für eine Kultur seien. — Siewert.

**Anträge an die Wohnungsfürsorgegesellschaft für die Beleihung von Wohnungsbauten.** Die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H., die aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer den für die Förderung des Wohnungsbaues bestimmten Anteil in Form von Hypothekendarlehen vergibt, nimmt vom 1. November 1926 ab in beschränktem Umfange wieder neue Anträge für die Beleihung von Wohnungsbauten an. Es kann aber nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl neuer Anträge berücksichtigt werden, weil über die im Jahre 1927 voraussichtlich aufkommenden Beleihungsmittel bereits in erheblichem Umfange Bestimmung getroffen werden mußte.

Zunächst muß aus dem Aufkommen des Jahres 1927 das erforderliche Beleihungskapital für über 2000 Wohnungen bereitgehalten werden für solche Aufträge, die im Laufe des Jahres von dem zuständigen Arbeitsausschuß des Aufsichtsrats der Wohnungsfürsorgegesellschaft für die Beleihung bestimmt worden sind, aber nicht mehr zur Durchführung gebracht werden konnten, weil die verfügbaren Beleihungsmittel aus dem Aufkommen des Jahres 1926 hierfür nicht mehr ausreichten. Ferner ist damit zu rechnen, daß auch im kommenden Jahre seitens der städtischen Körperschaften Zusatzhypotheken für etwa 10 000 Wohnungen aus städtischen Mitteln bereitgestellt werden, damit für die minderbemittelten und unbemittelten Bevölkerungskreise Wohnungen mit tragbarer Miete im erforderlichen Umfange gebaut werden können. Da das gesamte voraussichtliche Aufkommen für 1927 im günstigsten Falle die Herstellung von etwa 13 000 Wohnungen ermöglicht, bleibt für neue Anträge nur ein geringer Spielraum übrig. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß bereits angefangene Siedlungen und Wohnungsbaukomplexe in erster Linie Berücksichtigung finden müssen, damit sie vervollständigt und abgeschlossen werden können.

Die Wohnungsfürsorgegesellschaft hofft, daß die zur Durchführung bestimmten Anträge so rechtzeitig zur Entscheidung gebracht werden können, daß im ersten Früh-

jahr, sobald die Temperaturverhältnisse es zulassen, mit den Bauarbeiten begonnen werden kann, und daß eine gleichmäßige Verteilung über das Baujahr 1927 im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse möglich sein wird. —

**Beachtung baupolizeilicher Vorschriften bei der Bewilligung von Hauszinssteuerhypotheken und staatlichen Baudarlehen.** Mit Runderlaß an die Regierungspräsidenten (II 8. 1271 II) hat der Minister für Volkswohlfahrt folgendes bestimmt: Wiederholt haben sich bei der Erteilung von Baugenehmigungen oder Baudispensen Schwierigkeiten dadurch ergeben, daß öffentliche Mittel, insbesondere Hauszinssteuerhypotheken, für Bauten in Aussicht gestellt worden sind, deren Ausführung nach den geltenden baupolizeilichen Vorschriften in dem beabsichtigten Umfange oder überhaupt unmöglich ist. In Unternehmerkreisen besteht vielfach die Ansicht, als könnten sich, sobald die Geldbeschaffungsfrage für Wohnungsbauten durch Gewährung von öffentlichen Zuschüssen geregelt ist, weitere Schwierigkeiten für die Bauausführung nicht mehr ergeben, auch wenn abweichend von der Bauordnung z. B. eine größere Geschoßzahl zur Ausführung kommen soll.

Diejenigen behördlichen Stellen, die über die Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken und staatlichen Baudarlehen zu befinden haben, sind bei der Hergabe der Gelder und Prüfung der Finanzierung der ihnen vorgelegten Bauvorhaben von vornherein an die Beachtung der bestehenden Gesetze und Verordnungen gebunden. Sie dürfen daher Räume oder Wohnungen, die nach den bestehenden Bauordnungsvorschriften hinsichtlich der Beschränkung der Geschoßzahl usw. unzulässig sind, nicht beleihen oder bei der Prüfung der Finanzierung eines Bauvorhabens nicht berücksichtigen.

Der Minister ersucht daher, die Stellen zu veranlassen, daß bei Erledigung von Anträgen auf Bewilligung von Hauszinssteuerhypotheken, sofern ein Bauschein noch nicht vorgelegt werden kann, stets zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die Hauszinssteuerhypothekenzusage unbeschadet der noch zu erteilenden Baugenehmigung erfolgt. Hängt aber die Finanzierung des Bauvorhabens etwa davon ab, daß dem Unternehmer nach der Bauordnung nicht ohne weiteres zulässige Räume gestattet werden müssen, sind öffentliche Mittel nur dann zu bewilligen, wenn schon die Baugenehmigung vorliegt. —

**25 Jahre Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten E. V.** Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten E. V., dem fast die gesamte deutsche Dachpappenindustrie angehört und welcher die allgemeinen wirtschaftlichen und technischen Interessen vertritt, konnte am 3. November 1926 in Berlin, Hotel „Der Kaiserhof“, sein 25jähriges Bestehen feiern. Die Jubiläumsversammlung war aus allen Teilen des Reiches zahlreich besucht. Auch Behörden und befreundete Verbände und die ausländischen Dachpappenindustrien hatten Vertreter entsandt. Außer dem Vorsitzenden des Verbandes, Kommerzienrat Dr. Malchow, sprachen Regierungsrat Dr. Willuhn im Namen des Reichswirtschaftsministeriums, Professor Dittmer als Vertreter des Staatlichen Materialprüfungsamtes, der Stadtälteste Urban von der Industrie- und Handelskammer, Geh. Reg.-Rat Zastl vom Reichsverband der Deutschen Industrie und Professor Dr. Leidig. Eine Ehrung der um die deutsche Dachpappenindustrie verdienten Männer erfolgte durch Überreichung einer Plakette, die u. a. auch Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.-Ing. E. h. Dr. phil. Friedrich Seesselberg erhielt. Interessant ist, daß in einem Aufsatz von Dr. Malchow in der sehr gelegenen Festschrift als Erfinder der Teerdachpappe eindeutig der Freiburger Prof. W. A. Lampadius festgestellt wird. —

Inhalt: Der preußische Minister für Volkswohlfahrt zur Wohnungsnot. — Tagungs-Dämmerung. — Wohnungsbau in England. — Vermischtes. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselen in Berlin.  
Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.